

Elf Lehren aus der Bundestagswahl 2025

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 ist eine besondere Herausforderung für die demokratischen Parteien. Von ihnen sind von ihnen jetzt die Ernsthaftigkeit effizienter Problemlösung ohne taktische Spielchen und ein respektvoller Umgang miteinander zu fordern. Sonst werden die Ränder weiteren Zulauf erhalten und damit die Stabilität in Frage gestellt, an die wir uns in der 75-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Selbstverständlichkeit gewöhnt haben.

1. Hohe Wahlbeteiligung für mehr Demokratie nutzen

Erfreulicherweise ist die Wahlbeteiligung um 6,2 Prozent auf 82,5 Prozent gestiegen. Das ist die höchste Beteiligung an Bundestagswahlen seit der Wiedervereinigung. 2025 gingen 3,2 Mio Menschen zur Wahl, die 2021 noch Nichtwähler waren. Damit ist die verbreitete Behauptung ständig zurückgehender Wahlbeteiligungen erneut widerlegt. Die Union erhielt von bisherigen Nichtwählern in etwa so viele Stimmen (900.000) wie es ihrem Gesamtergebnis entspricht. Weit überproportional profitierten von dem bisherigen Nichtwählerreservoir die AfD (1,8 Mio), das BSW (400.000) und die Linke (290.000). SPD und Grüne lagen bei Mobilisierung von Nichtwählern unter ihren Möglichkeiten. Demokraten müssen es wieder stärker als ihre Aufgabe begreifen, höhere Wahlbeteiligungen in bessere Ergebnisse für demokratische Parteien umzumünzen.

2. Ungerechtigkeit des neuen Wahlrechts

Durch das von SPD, Grünen und FDP mit knapper Mehrheit durchgesetzte neue Wahlrecht ziehen 23 Wahlkreissieger nicht in den Bundestag ein. Das betrifft 16 vor Ort siegreiche CDU-Bewerber in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, vier der AfD in den neuen Bundesländern, drei der CSU und einen der SPD (Bremen). Damit sind erstmals in der bundesdeutschen Geschichte einige Regionen überhaupt nicht im Bundestag vertreten. In anderen Wahlkreisen kommen statt der Wahlkreissieger die örtlichen Verlierer über Landeslisten in den Bundestag. Diese offenkundige Ungerechtigkeit muss durch eine Korrektur des Wahlrechts beseitigt werden.

3. CDU/CSU als Wahlsieger ohne Grund zur Euphorie

Die Union ist zwar mit 28,6 Prozent der Stimmen bei einem Zuwachs von 4,5 Prozent Gewinner der Bundestagswahl 2025. Das ist aber angesichts eines Verlustes von fast 20 Prozent für die Parteien der bisherigen Ampelregierung nicht befriedigend. Die Union erreichte damit nur ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit 1949. Dabei schnitt sie in Bayern (37,2 %), Baden-Württemberg (31,6 %), Rheinland-Pfalz (30,6 %) und NRW (30,1 %) überdurchschnittlich gut ab und in Mecklenburg-Vorpommern (17,8 %), Brandenburg (18,1%), Berlin (18,3%) und Thüringen (18,6%) besonders schlecht.

Die Wählerwanderung zeigt für die Union einen Zuwachs durch bisherige Wähler von SPD (1,76 Mio), FDP (1,35 Mio) und Grünen (0,4 Mio). Zugleich verloren CDU/CSU 1 Mio ihrer bisherigen Wähler an die AfD. Der zwischenzeitliche Strategiewechsel der Unionsführung bei eigenen Anträgen im Bundestag die Unterstützung der AfD in Kauf zu nehmen, hat zugleich der Rechtsaußen-Partei genutzt und die Linke als die Partei mit der schärfsten Abgrenzung zur Union gestärkt. Die meisten Umfrage-Institute hatten die Union davor noch drei Wochen vor der Wahl um die 30 Prozent gesehen. Erneut hat sich bestätigt: Wer die Mitte preisgibt, stärkt die Ränder.

4. Erschreckender AfD-Zuwachs erfordert schärfere Auseinandersetzung

Das Ergebnis der AfD ist mit der Verdoppelung auf 20,8 Prozent erschreckend. Die Partei hat 46 Direktmandate gewonnen, fast flächendeckend alle in den neuen Bundesländern. Damit wird die AfD stärkste Oppositionspartei im Bundestag und erhält weitere Foren zur Selbstdarstellung. Der Wahlkampf hat deutlich gezeigt, dass die AfD keine Antworten auf Probleme geben will. Hier war die demonstrative Sprachlosigkeit der Spitzenkandidatin Weidel immer wieder bezeichnend. Die AfD lebt von der Beschreibung der Probleme legt. Je mehr ungelöste Probleme, desto mehr Zulauf für die AfD. Deshalb ist die wichtigste Strategie gegen die AfD eine effiziente Regierungsarbeit. Außerdem muss immer wieder und klarer darauf hingewiesen werden, dass die AfD gegen NATO und EU ist, Putin hinterherläuft und Deutschland in den wirtschaftlichen Abgrund führen würde. Die meisten Wähler der AfD kennen deren Programm nämlich nicht.

5. Sozialdemokraten am Tiefpunkt

Die SPD hat mit 16,4 Prozent und einem Verlust von 9,3 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Es handelte sich dabei auch um ein ausdrückliches Misstrauensvotum für ihren Spitzenkandidaten Scholz. Schon vor ihm haben amtierende Bundeskanzler eine Wiederwahl verpasst, aber noch nie so deutlich (1998 Kohl 35,2 % und 2005 Schröder 34,2%). Der Generationswechsel, den die SPD noch in der Wahlnacht eingeleitete, deutet an, dass man dort die Krisenzeichen zu verstehen beginnt.

6. Grüne noch ohne Selbstkritik

Mit 11,6 Prozent sind die Grünen um 3,2 Prozent hinter ihrem Ergebnis von 2021 zurückgeblieben. Ihr Anspruch, sich zur Volkspartei zu entwickeln, ist gescheitert. Der Spitzenkandidat Habeck mobilisierte keine zusätzlichen Wähler, obwohl oder weil er (im Unterschied zu Baerbock 2021) als amtierender Minister antrat. Sein Rückzug ist folgerichtig. Erste Erklärungen, man hätte ein besseres Ergebnis erzielt, wenn Friedrich Merz nicht Wähler der Grünen der Linken zugetrieben hätte, deuten nicht auf eine selbstkritische Wahlanalyse hin. So bleibt ihr moralisierender Bevormundungsmodus das Hauptproblem der Grünen.

7. FDP scheitert als Lindner-Partei

Mit nur 4,3 Prozent flog die FDP zum zweiten Mal aus dem Bundestag und zwar noch wesentlich deutlicher als 2013 (4,8 %). Damit ging eine Stimme für die FDP für die Mehrheitsbildung in der bürgerlichen Mitte verloren. So rächte sich, dass sich die FDP 2017 und 2021 gegen eine CDU-geführte Bundesregierung entschied, in der von ihr gewählten Ampel als ständiger Querulant auftrat, den Koalitionsbruch nicht mit offenem Visier, sondern mit taktischen Spielchen betrieb und eine Wahlrechtsreform verabschiedete, die sich gegen das Stimmensplitting richtet. All dies ist sehr mit der Person des Spitzenkandidaten Lindner verbunden, auf den der Wahlkampf völlig zugeschnitten hat. Dass er jetzt den Weg frei macht, ist nur konsequent.

8. Überraschende Wiederauferstehung der Linken

Dass sich die Linke mit 8,8 Prozent der Stimmen und einem Zuwachs von 3,9 Prozent fast verdoppelte und immerhin sechs Direktmandate eroberte, hat vor einigen Monaten kaum jemand für möglich gehalten. Sie hat diesen Erfolg mit einer personellen Neuaufstellung und einer geschickten Mischung aus neuen und erfahrenen Kandidaten („Mission Silberlocke“) erreicht. Man wird neu sehen, ob diesem kommunikativen Coup auch eine politische Neuaufstellung folgt und die Linke z. B. die Kraft zu einer klaren Verurteilung der DDR-Diktatur sowie der Beendigung ihrer Vasallentreue gegenüber Putin findet und sich zu einem glaubwürdigen Bekenntnis zur westlichen Wertegemeinschaft und sozialen Marktwirtschaft durchringen kann.

9. BSW erfährt Grenzen des Personenkults

Das Bündnis Sarah Wagenknecht ist zwar nur ganz knapp (4,972 %) am Einzug in den Bundestag gescheitert, aber es hat sich gezeigt, dass die weit überproportionale Medienpräsenz der Namegeberin keine ausreichende Grundlage für politischen Erfolg ist. Es wird sich zeigen, ob dies das Ende dieser jungen Partei ist: Sarah Wagenknecht hat jetzt kein politisches Mandat mehr und es könnte sein, dass die völlig auf sie fixierte und von ihr abhängige Partei nur als politische Eintagsfliege in Erinnerung bleibt.

10. Regierungsbildung als Herausforderung

Das Scheitern von FDP und BSW erleichtert zwar durch die so zustande kommende Sitzverteilung die Regierungsbildung, weil es so zu keinem Dreierbündnis wie bei der Ampel kommen muss. CDU/CSU erhalten 208 Sitze und die SPD 120 Sitze. Sie erreichen also mit zusammen 328 Sitzen die notwendige Kanzlermehrheit (316). Allerdings gilt es zu beachten, dass noch nie ein Kanzler in der geheimen Kanzlerwahl alle Stimmen der eigenen Koalition erhalten hat. Für Friedrich Merz wird die Regierungsbildung zu einer zentralen Bewährungsprobe. Die Grünen (85 Sitze) stünden notfalls als zusätzlicher Partner bereit. AfD (152) und Linke (64) erreichen zusammen eine Sperrminorität von mindestens 210 Sitzen.

11. Bonner CDU-Erfolg als Zukunftsaufgabe

In Bonn hat die CDU mit dem „Seiteneinsteiger“ Hendrik Streeck zum ersten Mal seit 1998 wieder das Direktmandat erhalten. Dafür gab es zwei wichtige strukturelle Voraussetzungen: Zum ersten Mal seit 2002 trat die FDP ohne bundesweit bekannten Kandidaten (Westwelle bzw. Lambsdorff) an, der das Stimmen-splitting zum Nachteil der CDU-Kandidaten beeinflusste. Zugleich gab es zum ersten Mal seit Konrad Adenauer einen medial überregional bekannten CDU-Bewerber.

Hendrik Streeck wurde in seinen Erststimmenstimmenzuwachs von 8,9 Prozent nur von vier Wahlkreisen in ganz Deutschland übertroffen. Er zieht mit 33,3 Prozent der Stimmen in den Bundestag ein. Dass dieses Ergebnis bis 2017 nicht gereicht hätte, den Wahlkreis zu gewinnen, zeigt wie sehr die Veränderung der Parteienlandschaft auch Bonn erreicht hat.

Bei den Zweitstimmen konnte die CDU mit 26,1 Prozent zwar in Bonn die Grünen (22,9%) überholen, blieb aber mit einem Stimmenzuwachs von 3,6 % hinter dem NRW-Durchschnitt (4,2 %) zurück. Hier liegt die Herausforderung für anstehende Kommunalwahl am 14. September 2025. Auffällig ist in Bonn übrigens der überdurchschnittliche Stimmenanteil für die Linke von 12,5 %.

	Europa 2019 (2014 Europa /Rat)	Rat 2020	Bundestag 2021 (Zweitst.)	Landtag 2022 (Zweit- stimmen)	Europa 2024	Bundestagswahl 2025 (Zweitstimmen)
Wahlb.	69,48 %	57,07 %	80,60 %	61,82	70,14 %	84,73 %
CDU	23,03 % (29,69% / 30,48%)	25,74 % OB-Wahl: Sridharan 34,46 %	22,53 % Erststimme Jansen: 24,37 %	30,84 % Erststimme: 31,80 %	24,62 %	26,16 % Erststimme Streeck 33,31 %
SPD	15,43 % (28,36% / 23,41%)	15,56 % OB-Wahl: von Bülow 20,19 %	22,58 % Erststimme: Rosenthal 25,12%	20,27 % Erststimme: 21,90 %	13,97 %	17,68 % Erststimme Rosenthal 21,64 %
Grüne	31,93 % (16,73% / 18,62%)	27,86 % OB-Wahl: Dörner 27,59 %	27,20 % Erststimme Uhlig: 25,24 %	28,39 % Erstst.: 28,99 %	23,07 %	22,90 % Erststimme Uhlig 24,38
FDP	7,03 % (7,10% / 8,18%)	5,15 % OB-Wahl Hümmrich 3,45 %	11,87 % Erstst. Lambs- dorff: 12,60 %	7,30 % Erstst.: 7,10 %	7,76 %	5,19 % Erststimme Heimann 2,47%
Linke	4,87 % (5,91% / 6,24%)	6,20 % OB-Wahl: Faber 5 %	5,44 % Erststimme Bergen: 3,63 %	2,91 % Erstst.: 2,68 %	3,22 %	12,45 % Erststimme Repschläger 7,69 %
BBB	- (- / 5,03%)	7,05 % OB: Manka 6,18 %	-	-	-	-
AfD	5,97 % (5,83% / 2,87%)	3,24 %	4,20 % Erststimme Neu- hoff 4,05 %	3,35 % Erststimme: 3,14 %	6,72 %	8,92 % Erststimme Truckenbrodt 8,17%
Volt	1,81 % (-)	5,07 %	1,06 % Erststimme Glenn: 1,59 %	1,89 % Erstst.: 1,54 %	7,12 %	1,11 % Erststimme Peter 1,57 %